

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version
Eine vertane Chance

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1987) : Eine vertane Chance, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 12, pp. 590-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136343>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Auch acht Wochen nach dem sogenannten Schwarzen Montag an den Börsen gibt es keinen Anhaltspunkt für einen drohenden Rückschlag der Konjunktur, nicht in der Weltwirtschaft und nicht in der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. Spektakuläre Folgen der Turbulenzen an den Finanzmärkten sind bisher ausgeblieben. Weder hat es Zusammenbrüche von Banken oder anderen Unternehmen gegeben, noch ist eine spürbare Zurückhaltung der Konsumenten zu bemerken. Weniger leicht ist ein Urteil über das Verhalten der Investoren zu fällen. Die Stimmung in der Wirtschaft hat gelitten, aber Umfragen unter Unternehmern zeigen, daß die Investitionspläne durchweg nicht verändert worden sind. Bei nüchterner Betrachtung der Fakten – einschließlich des gewiß nicht „bodenlosen“ Falls des Dollarkurses – müßte sich eigentlich auch in der Wirtschaft die Überzeugung durchsetzen, daß einige Zuversicht in die Konjunktur angebracht ist. Soviel jedenfalls steht fest: Zu wirtschaftspolitischem Aktionismus gibt es keinen Anlaß, zumal die Geldpolitik alles Erforderliche getan hat, was sie überhaupt tun kann.

Wie soll man unter diesen Umständen die Maßnahmen deuten, die die Bundesregierung kürzlich beschlossen hat? Erste Meldungen sprachen von einem „Konjunkturprogramm“, wobei nicht ganz klar ist, ob dies die eigenwillige Auslegung von Journalisten oder eine informationspolitische Fehlleistung der Bundesregierung war. Inzwischen legt man in Bonn jedenfalls Wert auf die Feststellung, daß es sich nicht um ein Konjunkturprogramm handelt. Genaugenommen ging es zunächst wohl nur darum zu verhindern, daß die erneute Verschlechterung der Finanzen die Gemeinden zu einer Einschränkung ihrer Investitionsausgaben veranlaßt. Diese Gebietskörperschaften, auf die über 60 % der öffentlichen Inve-



Hans-Jürgen Schmahl

Eine vertane Chance

stitutionen entfallen, sollen zinsverbilligte Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bekommen. Drei Jahre lang sollen so je 5 Mrd. DM kommunaler Investitionen mit vergleichsweise geringem Aufwand an Bundesmitteln (200 Mill. DM pro Jahr) gefördert werden. Ob das erreicht wird, muß abgewartet werden. Finanzschwache Gemeinden werden vielfach nicht in der Lage sein, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Kommunen, die sie nutzen können, werden damit wohl teilweise Investitionen finanzieren, die sie ohnehin vorgenommen hätten; mit solchen Mitnahmeeffekten ist stets zu rechnen.

Die Verstetigung öffentlicher Investitionen ist in dieser Phase, in der die Konjunktur, also die Entwicklung der Gesamtnachfrage, labil geworden ist, ein angemessenes Vorgehen. Das gleiche gilt für die erklärte Absicht der Bundesregierung, bei konjunkturbedingten Steuerausfällen ein höheres Defizit hinzunehmen und nicht die Ausgaben zu kürzen, sowie für den Verzicht auf die Anhebung von Verbrauchsteuern zum Ausgleich erhöhter Ausgaben für die EG im Jahre 1988. Alles das trägt dazu bei, die Konjunktur zu stabilisieren. Hätte man dies der Öffentlichkeit als Konzept der Versteti-

gung präsentiert, wäre es eine Demonstration der Führungsrolle der Bundesregierung in einer Situation verbreiteter Unsicherheit, ja sogar Orientierungslosigkeit gewesen. Statt dessen wurde unter Hinzufügung einiger weiterer Ingredienzen ein Paket geschnürt, dessen Zweck nicht recht durchschaubar ist und das zu Fehlinterpretationen herausfordert. Damit wurde eine Chance vertan.

Massives konjunkturpolitisches Gegensteuern würde erforderlich, wenn sich ein kumulativer Prozeß des Nachfragerückgangs abzeichnete. Das ist, wie gesagt, derzeit nicht der Fall. Es stellt sich jedoch die Frage, ob es nicht auch in der gegenwärtigen Konstellation eines unbefriedigenden Wachstumstempos und erhöhten Konjunkturrisikos finanzpolitischen Handlungsbedarf gibt. Die geeignete Reaktion wäre zweifellos ein Vorziehen der für 1990 geplanten Steuerreform, wie es von den Forschungsinstituten jüngst erneut gefordert wurde. Es wäre auch eine überzeugende Antwort auf die internationalen Forderungen nach Maßnahmen der Bundesrepublik. Gegen ein Vorziehen werden als Hauptargument haushaltspolitische Gründe vorgebracht, vor allem von den Ländern und Gemeinden. Das läßt erneut erkennen, daß die positiven Wirkungen einer Steuerreform auf Wachstum und Konjunktur und damit auch auf die Staatseinnahmen nicht oder jedenfalls nicht angemessen berücksichtigt werden. Zwar wäre die Vorstellung einer raschen „Selbstfinanzierung“ unzutreffend, aber ebenso falsch ist die völlige Vernachlässigung einer einnahmenerhöhenden Wirkung der Steuerreform. Haushaltsargumente müßten ohnehin spätestens dann zurücktreten, wenn es doch noch zu einem Konjunkturreinbruch käme. In dem Falle hätte man Haushaltsdefizite hinzunehmen, die unter Umständen weit größer als jene wären, die ein Vorziehen der Steuerreform verursachen würde.